
VDA: EU-Umweltausschuss geht an der Realität vorbei

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat gestern über die zukünftige CO₂-Regulierung von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen für die Zeit nach 2021 abgestimmt. Die Mehrheit des Gremiums hat sich dafür ausgesprochen, dass die Pkw-Hersteller den CO₂-Ausstoß ihrer Neuwagenflotten in der Europäischen Union bis 2030 (gegenüber 2021) um 45 Prozent senken. Für 2025 ist ein verbindliches Zwischenziel von minus 20 Prozent vorgesehen.

Gleich hohe Reduktionsraten sollen für leichte Nutzfahrzeuge gelten. 20 Prozent der im Jahr 2025 verkauften Fahrzeuge sollen Nullemissionsfahrzeuge sein, für das Jahr 2030 ist ein Anteil von 40 Prozent pro Jahr vorgesehen. Sollten Hersteller diese Vorgaben nicht erreichen, greift ein Strafmechanismus – vorgesehen ist die Verschärfung des individuellen Flottenziels.

„Das Votum des Umweltausschusses geht an der technischen und wirtschaftlichen Realität vorbei. Die vorgeschlagenen Ziele werden in diesem Zeitraum nicht umsetzbar sein“, beklagt sich Bernhard Mattes, Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA). Bereits der von der EU-Kommission gemachte Vorschlag sei sehr ehrgeizig und reiche aus, die EU-Klimaziele zu erreichen. Die jetzt vorgesehene deutliche Verschärfung sei daher weder klima- noch wirtschaftspolitisch nachvollziehbar. Solche Forderungen stünden im Widerspruch zu dem politischen Ziel, Wachstum und Beschäftigung in Europa zu stärken.

Der VDA befürchtet den Verlust vieler Arbeitsplätze. Dies räumt sogar der Umweltausschuss ein und hat sich daher für entsprechende Programme ausgesprochen, die durch die Strafzahlungen der Hersteller finanziert werden sollen. „Es ist höchst alarmierend, dass das EU-Parlament mit einer EU-Verordnung wissentlich massive Jobverluste in Kauf nimmt und dies sogar ausdrücklich adressiert“, stellt Bernhard Mattes fest. „Jetzt bleibt zu hoffen, dass die Europaabgeordneten bei der Abstimmung im Plenum im Oktober eine realistischere Perspektive einnehmen und eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Lösung finden.“

Die EU-Kommission plant eine Senkung der CO₂-Emissionen in der europäischen Neuwagenflotte von 15 Prozent bis 2025 und von 30 Prozent bis 2030. Bereits für diese Grenzwerte ist es für den VDA aus heutiger Sicht mehr als fraglich, ob sie erreichbar seien. Voraussetzung dafür ist nach Ansicht des Branchenverbandes, dass die Elektromobilität inklusive der Ladeinfrastruktur rasch deutlich wächst. Die hänge aber nicht allein von der Automobilindustrie ab. „Die Elektromobilität ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Industrie, Politik und Verbrauchern.“

Der VDA-Präsident bedauerte, dass der Umweltausschuss „markige Vorgaben“ in den Raum stelle, aber keine Antwort auf die Frage gebe, wie die Transformation zu einer klimafreundlichen Mobilität gelingen könne. Kritik übte Mattes auch an den Vorschlägen zu den CO₂-Flottengrenzwerten für leichte Nutzfahrzeuge. „Vorgaben, die schon für Pkw nicht realistisch sind, sind bei leichten Nutzfahrzeugen völlig außer Reichweite. Mit bis zu zehn Jahren sind die Entwicklungs- und Produktzyklen bei Nutzfahrzeugen deutlich länger.“ Zudem sei ein niedriger Kraftstoffverbrauch immer entscheidendes Kaufargument, insofern sei der Markt aus sich heraus auf CO₂-Effizienz getrimmt. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Foto: